

## NACHRICHTEN

## Ex-CDU-Finanzberater Weyrauch unter Beschuss

FRANKFURT: Im Zusammenhang mit dem Spendenkandal der deutschen Christdemokraten steht jetzt auch ihr Ex-Finanzberater Horst Weyrauch unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Montag. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren betreffe aber ausschliesslich das Privatvermögen Weyrauchs, sagte ein Behördensprecher. Der Ex-Finanzberater gilt als Schlüsselfigur des CDU-Schwarzgeldskandals. Ansatzpunkt des derzeitigen Verfahrens sind nach Medieninformationen etwa 1,5 Millionen Mark Schweizer Franken aus Schwarzgeldern der CDU. Sie sollen aus der Stiftung «Norfolk Foundation» in Liechtenstein stammen. Gegen Weyrauch laufen bereits Ermittlungen wegen Betrugs und Untreue.

## Ermittlungen gehen zu langsam

STRASSBURG: Der Europarat hat die russischen Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in Tschetschenien kritisiert. «Was bisher getan wurde, ist bei weitem zu wenig und zu schleppend», sagte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der schottische Liberale Lord Russell-Johnston, am Montag zum Auftakt der Herbstsitzung in Strassburg. Die russischen Behörden müssten entschlossener handeln, um die Verantwortlichen von Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen. Mit Vorrang müsse über drei Massaker ermittelt werden, die zwischen Dezember 1999 und Februar dieses Jahres nahe Grosny verübt worden. Nach Informationen von Nicht-Regierungsorganisationen wurden dabei mindestens 130 Menschen getötet. Am Donnerstag will sich die Parlamentarische Versammlung, der knapp 300 Abgeordnete aus den 41 Europaratsländern - darunter der Schweiz - angehören, erneut mit der Lage in Tschetschenien befassen. Dabei dürfte auch über das weitere Vorgehen des Staatenbundes gegenüber Moskau entschieden werden.

## OAU will vermitteln

ABIDJAN/LOME: Die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) will in Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) endlich vermitteln. Mehrere westafrikanische Staaten befürchteten ein Überschwappen der politischen Instabilität, sollte nicht am 22. Oktober ein neuer Präsident gewählt werden. Das staatliche Radio in Togos Hauptstadt Lomé meldete am Montag, der togolische Präsident und derzeitige OAU-Vorsitzende Gnassingbe Eyadema werde in Kürze nach Abidjan reisen. Vor allem die Präsidenten Südafrikas und Nigerias, Thabo Mbeki und Olusegun Obasanjo, hätten sich für einen Vermittlungsversuch ausgesprochen.

# Hoffnung für Korea und Korea

Die beiden in Nord und Süd wollen die Beziehungen weiter ausbauen

CHEJU: Die Verteidigungsminister von Nord- und Südkorea haben am Montag den Ausbau ihrer Beziehungen und den Abbau der militärischen Spannungen beschlossen. Das Treffen gilt als das bedeutsamste Zeichen der Annäherung seit dem Gipfel der beiden Staatsoberhäupter im Juni.

Beim ersten Treffen der Verteidigungsminister der beiden Korea seit der Teilung der Halbinsel schlug Südkorea vor, ein Rotes Telefon für den Fall militärischer Spannungen einzurichten und die Gespräche zwischen den Verteidigungschefs künftig regelmässig stattfinden zu lassen. Beide Korea befinden sich seit dem Ende des Korea-Kriegs (1950-53) technisch gesehen immer noch im Kriegszustand.

## Bespprechungen

Das anderthalb Stunden lange Gespräch zwischen den Verteidigungsministern in einem Hotel auf der südkoreanischen Insel verlief nach Angaben von Delegationsmitgliedern in «freundschaftlicher Atmosphäre». Der südkoreanische Minister Cho Sung Tae und sein nordkoreanischer Kollege Kim Il Chol besprachen zunächst die



Hoffnung in Korea: Nordkoreas Verteidigungsminister Kim Il-Chol (rechts) reicht dem südkoreanischen Armeegeneral Kim Hee-Sang die Hand. Auf so ein Bild haben die Menschen dort lange gewartet.

Räumung von Landminen entlang der geplanten Zugstrecke zwischen den beiden Staaten.

Südkorea hatte vergangene Woche mit den Bauarbeiten an der Schienenverbindung zwi-

schen den beiden Ländern begonnen. Entlang der Strecke, die einmal Seoul mit der nordkoreanischen Stadt Shinuiju nahe der chinesischen Grenze verbinden soll, liegen in Grenz-

nähe zehntausende Landminen. Auch der Bau einer Strassenverbindung zwischen den beiden Ländern ist geplant.

Die Eisenbahn- und Strassenverbindungen sollen in ei-

nem Jahr fertig sein und aus Nord- und Südkorea Transitländer für den Handel zwischen Japan und Europa machen. Auch der bislang auf dem Seeweg abgewickelte innerkoreanische Handel würde erleichtert. Der innerkoreanische Handel hat sich auch unter den derzeitigen Bedingungen von 18 Millionen Dollar im Jahre 1989 auf 333 Millionen Dollar 1999 ausgeweitet. Südkorea ist inzwischen wichtigster Handelspartner Nordkoreas nach China und Japan.

## Garantien aus Nordkorea

Die beiden Korea nahmen am Montag zudem ihre 1986 unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen wieder auf. Dabei geht es um ein Doppelbesteuerungsabkommen und nordkoreanische Garantien für südkoreanische Investitionen, die erst dann in grossem Umfang zu erwarten sind. Die Gespräche sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Das nordkoreanische Landwirtschaftsministerium teilte am Montag zudem mit, die Getreideernte werde in diesem Jahr wesentlich geringer ausfallen als erwartet. Durch Trockenheit und Taifune seien 1,4 Millionen Tonnen Reis und Mais zerstört worden, zitierte die staatliche Nachrichtenagentur KCNA einen Vertreter des Ministeriums.

## Labor-Parteitag in Brighton - Härte im Sprit-Krieg

Öl-Kontroverse steht im Mittelpunkt beim Labour-Parteitag

LONDON: Die jüngsten Proteste gegen die hohen Spritpreise sowie Gewerkschaftsforderungen nach einer höheren Staatsrente sind am Montag im Mittelpunkt des Labour-Parteitages in Brighton in Südingland gestanden.

Im Vorfeld einer Grundsatzrede zur Budgetpolitik lehnte Schatzkanzler Gordon Brown erneut ein Nachgeben bei der Mineralölsteuer ab. Die Regierung werde sich nicht zu «Lösungen auf die Schnelle» drängen lassen, sagte Brown. Er war direkt vom Treffen der G7-Finanzminister in Prag zum Parteitag gekommen. Vor dem Konferenzort im Seebad de-

monstrierten am Nachmittag mehrere tausend Bauern und Vertreter anderer ländlicher Gruppen gegen die Regierungspolitik.

Sie machten unter anderem auf die finanzielle Mehrbelastung durch die hohen Treibstoffpreise aufmerksam, protestierten aber auch gegen das von der Regierung geplante Verbot der Fuchsjagd. Labour war in einer am Sonntag veröffentlichten Meinungsumfrage in der Wählergunst auf 32 Prozent abgerutscht, verglichen mit 40 Prozent für die Konservativen. Dies bedeutet für Labour das schlechteste Umfrageergebnis seit acht Jahren. Führende Gewerkschaftsvertre-

ter wiederholten am Montag ihre Forderung, Rentenanhebungen künftig an das Erwerbseinkommen und nicht an die Preisentwicklung zu koppeln.

Obwohl dies von Brown abgelehnt wird, wurde eine Anhebung der staatlichen Mindestrente von 70 Pfund (175 Franken) auf 90 Pfund pro Woche nicht ausgeschlossen.

In der brisanten und heissdiskutierten Frage einer Senkung der Mineralölsteuer wurden von Brown keine Zugeständnisse erwartet. Die harte Haltung des Finanzministers war am Sonntag indirekt von seinem Kabinettskollegen Peter Mandelson als «hochmütig» kritisiert worden.

## Aktien eingefroren

Russischer Medienkonzern mit Problemen

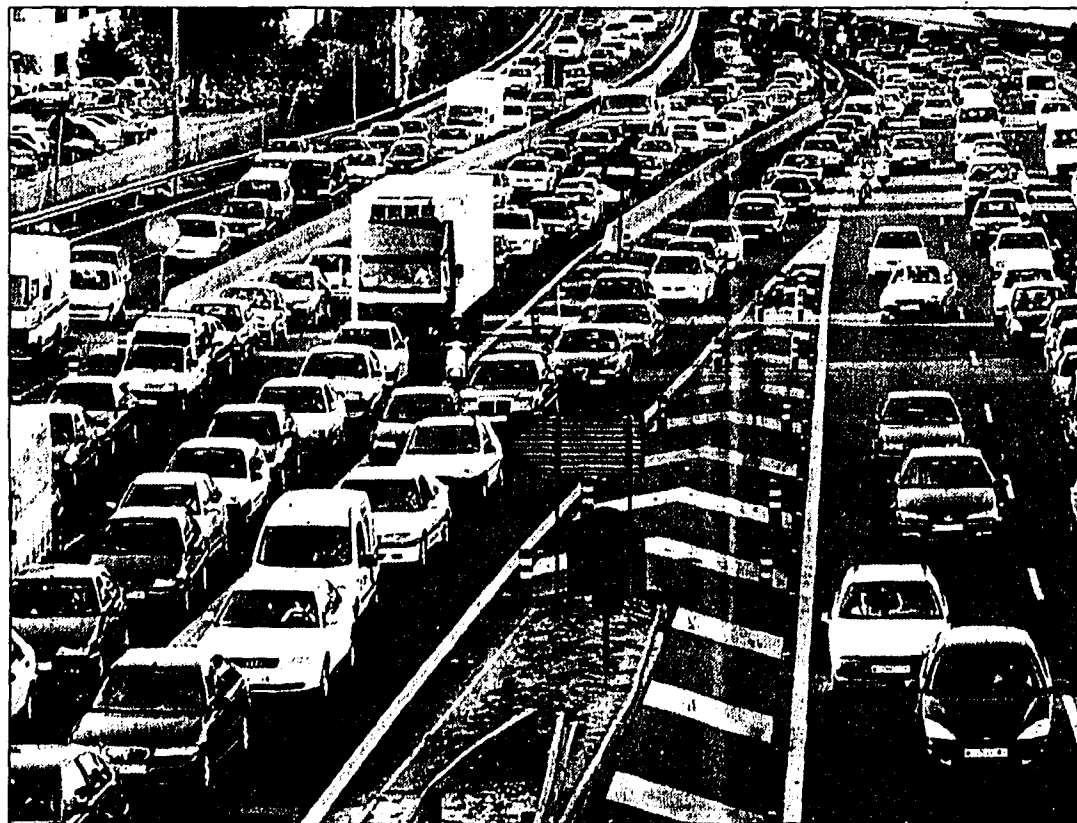
MOSKAU: Im Konflikt um den Kreml-kritischen Medienkonzern Media-Most sind am Montag die Aktien des Fernsehsenders NTW auf Gerichtsbeschluss eingefroren worden. Das meldete die Nachrichtenagentur Interfax.

Der weltgrösste Erdgaskonzern Gasprom will die Papiere der mehr als 30 Unternehmen der Medienholding sperren.

## Verwarnungen

Der Haupteigentümer von Media-Most, Wladimir Gussinski, hatte Gasprom den Verkauf seines hochverschuldeten Unternehmens zugesagt. Gussinski will den Verkauf entgegen der Vereinbarung nicht abwickeln, weil er zur Unterschrift erpresst worden sei. Presseminister

Michail Lesin ist wegen seines Eingreifens in den Streit vom Ministerpräsidenten Michail Kasjanow offiziell verwarnt worden. Lesin hätte den umstrittenen Vertrag über den Verkauf von Media-Most nicht als Vermittler mit unterzeichnen dürfen, sagte Kasjanow. Gussinskis Vertraute hatten Lesin zudem vorgeworfen, massiv Druck ausgeübt und auch eine Provision gefordert zu haben. Gussinski hatte Media-Most verkauft, während gegen ihn ein Betrugsverfahren lief. Die Ermittlungen wurden unmittelbar danach eingestellt. Media-Most betrieb in den vergangenen Jahren eine deutlich Kreml-kritische Berichterstattung, unter anderem über die Kriege in Tschetschenien und angebliche Korruptionsfälle in der russischen Führung.



Motive wie diese prägten die Bildserien im September in allen Europäischen Medien. Die derzeitige Ölkrise stand auch im Mittelpunkt der Diskussionen während des Labour-Parteitages im englischen Brighton.

## Treffen im Nahen Osten

Barak und Arafat planen Gipfel

ISRAEL: Israels Regierungschef Ehud Barak und Palästinenser-Präsident Jassir Arafat treffen sich nach offiziellen Angaben beider Seiten noch diese Woche zu einem neuen Gipfelgespräch. Der genaue Termin blieb bis Montagmittag offen.

Das Treffen diene als vertrauensbildende Massnahme, erklärte Israels Aussenminister Schlomo Ben-Ami. Ein Termin war nach Angaben von Baraks Büro noch nicht festgelegt. Ben-Ami hatte erklärt, das Treffen werde im Verlauf der Woche stattfinden. Der palästinensische Informationsminister Jassir Abed Rabbo sagte seinerseits im palästinensischen Radio, das Treffen Arafats mit Ba-

rak könne noch am Montagabend oder am Dienstag stattfinden. Danach sollten die Verhandlungen in Washington weitergehen. Der palästinensische Unterhändler Hassan Asfur erklärte, das Treffen Arafat-Barak sei arrangiert worden, um «den Friedensprozess voranzubringen. Zuletzt waren Barak und Arafat im Juli in Camp David in den USA zu einem Gipfeltreffen zusammengekommen. Die Gespräche waren vor allem wegen des Streits um den Status von Jerusalem gescheitert. Israels Aussenminister Ben-Ami erklärte am Montag nach einem Gespräch mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak in Kairo, alle Gesprächskanäle seien aktiviert. Nun müssten harte Entscheidungen gefällt werden.